



Unser Kreis Warendorf wird grüner

Wahlprogramm 2020 - 2025

Herausgegeben vom
Bündnis90/Die Grünen
Kreisverband Warendorf, beschlossen am 22. Juni 2020

Inhalt

Vorwort zur aktuellen COVID-19-Pandemie	2
Einführung in das grüne Münsterland.....	3
1 Der Klimawandel fordert eine engagierte Betrachtung und ein vorausschauendes Handeln.	3
2 Mit der Verkehrswende in die Zukunft.....	4
3 Mehr Lebensqualität in verschiedenen Lebensabschnitten und das für Alle.....	5
4 Landwirtschaft	6
4.1 Landwirtschaft und Tierhaltung	6
4.2 Landwirtschaft und Pflanzenproduktion	6
5 Arbeit und Wirtschaft	7
5.1 Frauenförderung, -raus aus prekärer Beschäftigung- und Förderung sozialversicherter Arbeitsplätze.....	7
5.2 Arbeits- und Ausbildungsplätze	7
5.3 Gewerbe und Industrie.....	8
6 Inklusion als Querschnittsaufgabe	8
7 Unser Kreis Warendorf , Heimat für alle.....	8
8 Digitalisierung.....	9
9 Soziale Aufgaben ausbauen	10
10 Das Grüne Seniorenprogramm und eine bessere Unterstützung der pflegenden Angehörigen.....	10

Vorwort zur aktuellen COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat vielen Menschen deutlich gemacht, wie sehr wir als Teil der Natur von ihr abhängig sind. Die Pandemie hat sich über den gesamten Erdball verbreitet und bedroht das Leben und die Gesundheit jedes einzelnen Menschen. Der Klimawandel, das Artensterben und die COVID-19-Pandemie sind ursächlich durch das herrschende, globalisierte Wirtschaftssystem verursacht. Das auf kurzfristige Gewinnmaximierung ausgerichtete Wirtschaftssystem, nimmt keine Rücksicht auf Schonung der allgemeinen Lebensgrundlagen. Wir haben es hier also mit einer schweren Nachhaltigkeitskrise zu tun.

Die weltweite Vernichtung von Ökosystemen durch Ausbeutung, der Klimawandel und die damit zunehmenden Risiken, begünstigen die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie und führten zu einem ökonomischen Kollaps.

Bei dem Wiederaufbau der Volkswirtschaft muss die Leitfunktion der umfangreichen Fördermittel genutzt werden. Geförderte Maßnahmen sollen die Merkmale der Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen. Hier bietet sich eine historische Chance, die dringend notwendige Energie- und Mobilitätswende einzuleiten. Das Zeitfenster für diesen Prozess wird sich schnell wieder schließen und die benötigten Geldmittel in dieser Größenordnung werden zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr verfügbar sein.

Wir streben ein qualifiziertes Wachstum an, welches sich in einer Verbesserung der Lebensumstände für die Menschen auszeichnet. Das geht, wenn Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden. Wir hoffen, dass die historische Chance der Krise genutzt wird.

Einführung in das grüne Münsterland

Der Kreis Warendorf im Münsterland bietet Heimat für 270.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit diese Menschen auch in Zukunft zu Recht sagen, „hier bin ich zu Hause, hier will ich mit meiner Familie leben“, bemühen sich Bündnis90/Die Grünen in den Kommunen und im Kreistag. Um den Einfluss der Grünen auf die Entscheidungen in den Gremien und im Kreistag wirksam werden zu lassen, benötigen wir Ihre Stimmen bei der Kreistagswahl. Wir wollen eine Kreisentwicklung, die auf Nachhaltigkeit aufbaut, das Entwicklungspotential der Menschen fördert und frei von Diskriminierung und Ausgrenzung ist.

Wir GRÜNE denken das Münsterland als Ganzes. Wir wollen die gewachsenen Qualitäten bewahren, weiter entwickeln und nachhaltig sichern. Die GRÜNEN im Münsterland arbeiten daher eng zusammen und sorgen gemeinsam dafür, dass die speziellen Interessen des Münsterlandes in Düsseldorf, Berlin und Brüssel Gehör finden. So wollen wir beispielsweise das Münsterland zu einer Modellregion für Erneuerbare Energien machen. Wir setzen uns für bäuerliche Familienbetriebe ein statt für Agrarfabriken und Massentierhaltung. Wir entwickeln Strategien zur Stärkung von umweltfreundlicher Mobilität und bedarfsgerechter Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Unsere Wirtschafts- und Ausbildungsregion wollen wir nachhaltig und inklusiv weiter entwickeln.

GRÜNE halten die regionale Kooperation beim Marketing und bei der Wirtschaftsförderung für sinnvoll. Wir unterstützen die Arbeit des interkommunal getragenen Vereins Münsterland e.V. Seine Strukturen müssen jedoch effizienter und demokratischer gestaltet werden.

1 Der Klimawandel fordert eine engagierte Betrachtung und ein vorausschauendes Handeln.

Der Klimawandel verändert die natürliche Lebensgrundlage unserer und zukünftiger Generationen. Das geschieht in globalen Dimensionen und wird sich auf alle Lebensbereiche auswirken. Der Klimawandel verändert die Bedingungen für die Ernährungsgrundlage, die Wasserversorgung und die Anforderungen an unsere Städteplanung. Er wird sich auch auf die Biodiversität unserer Flora und Fauna auswirken.

Diese Veränderungen führen zu großen politischen Herausforderungen. Der Artikel 20 a des Grundgesetzes besagt: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung ...“. Unter den Bedingungen der sich abzeichnenden klimatischen Veränderungen erhält dieser Artikel eine existentielle Bedeutung.

Auch der Kreis Warendorf ist in die globale Herausforderung eingebunden. Er hat die Verpflichtung seinen Beitrag zur Bewältigung der klimabedingten Folgen zu leisten. Eine auf kurzfristige Effekte ausgerichtete Politik mit der Maxime, „dass wir uns alle im Kreis Warendorf gut aufgehoben fühlen und gern hier leben“, reicht nicht für die Bewältigung der auf den Kreis zukommenden Anforderungen aus.

Wir Grünen schauen optimistisch in die Zukunft. Wir wissen, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt noch die Folgen des Klimawandels abmildern können, wenn die Mehrheit der politischen

Kräfte sich auf das Ziel: „Aktiver Klimaschutz zur Minderung der negativen Folgen des Klimawandels“ einigt. Um dieses Ziel zu erreichen, werben wir leidenschaftlich für mehr Klimaschutz.

Wir fordern Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels:

- Ein Instrument zur Prüfung und Bewertung der Klimarelevanz politischer Beschlüsse.
- Verkauf der RWE Aktien wegen des Betriebes von Braunkohlekraftwerken.
- Nachhaltige Anlagestrategien beim Aufbau des Pensionsfonds.
- Förderung von Beteiligungsmöglichkeiten beim Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Beispiel über Bürgerenergieparks.
- Förderung von Maßnahmen zur Klimaneutralität im Kreis Warendorf.
- Unterstützung ökologischer Land- und Forstwirtschaft.
- Gewässerschutz zur Erhaltung guter Trinkwasserressourcen.
- Artenschutz für Tiere und Pflanzen.
- Ausgleichs- und Kompensationsmanagement: Aufgrund von verstärkter Flächenkonkurrenz zwischen bebauter und unbebauter Fläche, muss das Kompensationsmanagement erweitert werden. Neue Modelle unter Einbeziehung der Land- und Forstwirtschaft gilt es zu entwickeln, um den Land- und Forstwirten neue Tätigkeitsfelder und Erwerbsmöglichkeiten zu eröffnen. Der Kreis Warendorf braucht für die Zukunft eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft.

2 Mit der Verkehrswende in die Zukunft

Für einen erfolgreichen Klimaschutz im Kreis ist eine Verkehrswende unerlässlich. Diese Aufgabe erweist sich für unseren Flächenkreis als außerordentliche Herausforderung. Fast die Hälfte der CO₂-Belastung kommt aus dem Verkehrssektor. Hier wären wesentliche Weichenstellungen vom Bund erforderlich. Den Versuchsansatz des Bundesverkehrsministers, die Verkehrswende mit Hilfe einer Vielzahl von Elektrorollern zu „erfahren“, halten wir für einen Ansatz, der den Spieltrieb einiger Nutzer befriedigt aber zusätzliche Sicherheitsprobleme schafft. Eine Verkehrswende sieht anders aus.

Wir fordern mehr Investitionen für die Verkehrswende:

- Damit der Personennahverkehr mit weniger CO₂-Belastung neu organisiert werden kann.
- Damit der Ausbau des ÖPNV mit einem zuverlässigen Liniennetz vorrangig betrieben werden kann. Nur ein qualitativ hochwertiges ÖPNV-Netz findet die notwendige Akzeptanz der Nutzer. Darüber hinaus kann so die Umsetzung klimagerechter, alternativer Verkehrskonzepte, wie das Modellprojekt zur Strecke Münster-Rheda-Wiedenbrück gefördert werden.
- Damit der Ausbau von Velorouten beschleunigt werden kann. Der zügigere Ausbau des Radwegenetzes an den Kreisstraßen wird den neuen, erweiterten Mobilitätsradius von E-Bikes ausschöpfen.

3 Mehr Lebensqualität in verschiedenen Lebensabschnitten und das für Alle

Es gibt wenige Begriffe, die so unterschiedlich, vielschichtig und von persönlicher Wertschätzung geprägt sind, wie die Lebensqualität.

Unterschiedlich in verschiedenen Lebensaltern, mit den damit verbundenen Bedürfnissen: Säuglingsalter, Kindertagesstätte, Schulzeit, Berufstätigkeit bis zur Alters- und Ruhezeit.

Unterschiedlich in den Interessen: Sei es bezüglich des Arbeitsplatzes, der Freizeitvorstellungen und der Kultur- und Sportangebote.

Dennoch müssen wir uns mit diesem Begriff der Lebensqualität in der Politik auseinandersetzen. Grüne Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die nicht materiellen Wohlstandsmerkmale bewertet, die allgemein anerkannten materiellen Wohlstandsmerkmale in ihrer Wirkungsweise benennt und beide Elemente im Begriff der Lebensqualität zum Ausdruck bringt.

Komplex wird es, weil einzelne Wohlstandsmerkmale sowohl positive wie auch negative Auswirkungen haben können. Leider unterscheiden sich häufig die Nutznießer der positiven Auswirkungen von den Betroffenen der negativen Auswirkungen. Und wenn die Betroffenen sich in einer großen Menge befinden, sich gegenüber den Nutznießern und Verursachern nicht wehren können, dann befinden wir uns mitten in der politischen Auseinandersetzung.

Wir GRÜNE wollen diesen betroffenen Menschen eine Stimme geben, ein Gewicht in der politischen Willensbildung und in der Weichenstellung für die Zukunft.

Wir fordern mehr Lebensqualität für Säuglinge. Entbindungsstationen werden im Kreis lediglich in Ahlen und Oelde vorgehalten. Frauen aus dem nördlichen Teil des Kreises begeben sich zur Entbindung überwiegend nach Münster. Etwa 400 Frauen aus dem Kreis Warendorf entbinden dort pro Jahr. Das vom St. Franziskus Hospital in Münster erfolgreich organisierte Programm einer frühkindlichen Förderung (Babylotsenprojekt) kann von Frauen aus dem Kreis Warendorf aber nicht in Anspruch genommen werden, weil der Kreistag mit Mehrheitsbeschluss der CDU, eine finanzielle Beteiligung an dem Programm abgelehnt hat.

Wir fordern eine finanzielle Beteiligung am Programm dieser frühkindlichen Förderung und damit eine bessere Lebensqualität für die Säuglinge.

Die Kindertagesstätten (KITA) werden vom Kreis geplant. Die Höhe der Elternbeiträge wird vom Kreistag festgelegt und trägt mit Zuschüssen vom Land und vom Kreis zur Finanzierung einer KITA bei.

Wir fordern eine Qualitätsverbesserung der Kindertagesstätten durch Aufstockung ihrer Finanzierungsbasis.

Wir fordern mehr politische Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche in den Gremien des Kreises, zum Beispiel die Einrichtung eines Jugendkreistages oder eines Jugendrates. Wir fordern darüber hinaus die Einführung einer Jugendkarte, um mehr gesellschaftliche Teilhabe für die Jugendlichen im Kreis zu schaffen. Zu dieser Teilhabe gehört natürlich auch die Mobilität. Deshalb ist es wichtig für Jugendliche ein ansprechendes ÖPNV-Angebot zu günstigen Tarifen anzubieten.

Wir fordern mehr Lebensqualität in der Zeit der Familiengründung. Spätestens in dieser Zeit beginnt die Suche nach einer geeigneten und bezahlbaren Wohnung. Die Nähe zur Großstadt Münster führt zu einem knappen und damit hochpreisigen Wohnungsangebot.

Wir fordern bezahlbare Wohnungen. Entsprechend seiner Zielvorstellung im aktuellen Kreisentwicklungsprogramm, soll sich der Kreis engagierter für den Bau bezahlbarer Wohnungen einsetzen.

Wir fordern mehr Lebensqualität für die hier lebenden Menschen. Die seit Jahren gepriesene „Parklandschaft mit attraktiven Freizeitrouten“ hat sich stark verändert und ähnelt in den Sommermonaten immer mehr einem gigantischen Maislabyrinth.

Wir fordern eine umweltverträgliche Landwirtschaft und eine funktionierende Infrastruktur, zu der ein sicherer KITA-Platz und ein zuverlässiger ÖPNV gehören. Dazu Freizeit-, Kultur- und Sportangebote, die dem Wunsch nach höherer Lebensqualität entgegenkommen.

Die familiäre Situation wird stark vom Arbeitsangebot und der geforderten Mobilität geprägt. In den jungen Familien sind beide Partner berufstätig, brauchen eine sichere Kinderbetreuung und können sich nur unter schwierigen Bedingungen um die Elterngeneration kümmern.

Wir fordern ein Sozialmonitoring, das heißt eine flächendeckende Analyse der Sozialstrukturen. Auf der Basis dieser detaillierten Analyse sind Kreis und Kommunen gemeinsam gefordert, geeignete Quartiersstrukturen zu entwickeln, um eine hohe Lebensqualität für Menschen im Alter anzubieten.

4 Landwirtschaft

4.1 Landwirtschaft und Tierhaltung

Die Landwirtschaft im Kreis WAF zeichnet sich durch eine intensive Tierhaltung aus. Dieser intensive Betriebszweig führt zu nachhaltigen Schädigungen:

Zur Schädigung der Grundwasserqualität durch Anstieg der Nitratwerte, zu übermäßigem Einsatz von Antibiotika bei nicht artgerechter Haltung der Nutztiere und zur Förderung der antibiotikaresistenten Bakterienstämme, bis hin zu Multiresistenz.

Zur Qualzucht bei Geflügel und Kannibalismus in der Massentierhaltung. Das ist Tierquälerei und verstößt gegen geltendes Recht.

Wir fordern eine artgerechte Tierhaltung und eine Düngepraxis, die einen Grundwasserschutz sichert, eine Veterinärüberwachung, die einen investigativen Journalismus überflüssig macht und ein völliges Verbot des Einsatzes von Reserve-Antibiotika in der Tierhaltung.

Wir fordern, dass von Seiten des Kreises Warendorf alle rechtlichen Mittel genutzt werden, um eine nachhaltige, umweltverträgliche Landwirtschaft zu fördern.

4.2 Landwirtschaft und Pflanzenproduktion

Der Einsatz von gesetzlich zugelassenen chemischen Pflanzenschutzmittel (Pestiziden) gehört in der konventionellen Landwirtschaft zum Produktionsstandard. Die Verwendung dieser Mittel begünstigt den großflächigen Ackerbau, senkt die Produktionskosten und schafft damit Wettbewerbsvorteile gegenüber alternativen Produktionsmethoden.

Das als Herbizid eingesetzte Glyphosat wird von seriösen Fachgutachten als krebserregend eingestuft. Lediglich die vom Hersteller in Auftrag gegebenen Gutachten kommen zu der Erkenntnis, dass Glyphosat unbedenklich ist.

Die für die Saatgutbehandlung eingesetzten Wirkstoffe aus der Gruppe der Neonicotinoide wirken als systemische Mittel. Über den Pflanzenkreislauf entfalten sie ihre aggressive Wirkung. Damit töten sie auch Insekten, deren Vernichtung nicht beabsichtigt ist, z.B. Bienen.

Wir fordern eine landwirtschaftliche Pflanzenproduktion, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit unkontrollierter Breitenwirkung findet hier keine Anwendung.

5 Arbeit und Wirtschaft

5.1 Frauenförderung, -raus aus prekärer Beschäftigung- und Förderung sozialversicherter Arbeitsplätze

Die Wirtschaft braucht Fachkräfte, das sind Frauen und Männer, die den Wirtschaftsbetrieb gestalten und sich täglich an ihrem Arbeitsplatz in den Betrieben einsetzen. Das machen Frauen und Männer in gleicher Weise. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, er wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Das garantiert allen Beteiligten der Artikel 3 des Grundgesetzes.

Ein überdurchschnittlicher Anteil an Frauen arbeitet im Kreis Warendorf in Minijobs. Das mag im Einzelfall den Frauen entgegen kommen, häufig sind es familiäre oder gesellschaftliche Barrieren, die Frauen in diese z.T. prekären Arbeitsverhältnisse zwingen. Minijobs sind häufig dadurch gekennzeichnet, dass sie auf dem Niveau des Mindestlohnes vergütet werden. Der Mindestlohn ist die politisch fixierte Lohnuntergrenze und keine von den Tarifparteien ausgehandelte Tarifentlohnung.

Eine Teilzeitbeschäftigung ist kein Grund, eine Vergütung auf dem Niveau des Mindestlohnes festzulegen. Die Arbeitsagentur und das Jobcenter des Kreises sollen bei der Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze unterstützend und beratend tätig werden.

Kleinere und mittlere Unternehmen sollen mit den Fördermitteln des "Kompetenzzentrums Frau und Beruf Münsterland" Maßnahmen für eine frauenfreundliche Personalpolitik etablieren. Hierzu gehören familienfreundliche Rahmenbedingungen, wie ein Ganztagsangebot für die Kinder, von der KITA bis zum Abitur und ein Angebot an flexiblen Vollzeitstellen, für die Bindung von Fachkräften und Akademikerinnen in Unternehmen im Kreis Warendorf.

5.2 Arbeits- und Ausbildungsplätze

Mit dem kommunalen Jobcenter nutzt der Kreis ein zentrales Instrument der Arbeitsmarktgestaltung in Eigenregie. Der Kreis Warendorf weist eine Arbeitslosenquote von 4,7 % zu Jahresbeginn 2020 auf. Mit diesem Wert liegt er ca. 30 % über dem Durchschnitt der anderen

Münsterlandkreise. Das war im Januar 2020 so, aber auch in den Vorperioden zeigten die anderen Landkreise des Münsterlandes geringere Arbeitslosenquoten.

Wir fordern konzentrierte Anstrengungen, um diese Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Verfügbarkeit von Ausbildungsplätzen nimmt im Bereich von Bildungschancen eine wichtige Rolle ein. Es muss das Prinzip kein Abschluss ohne Anschluss gelten.

Wir wollen den Jugendlichen nach dem Schulabschluss vielfältige Perspektiven im Kreis bieten. Hierfür müssen ihnen auch breit angelegte Ausbildungswege offen stehen.

5.3 Gewerbe und Industrie

Die Aufgaben des Kreises fokussieren sich auf die Bereitstellung einer guten Infrastruktur. Dabei müssen Klimawandel und die globalen Klimaziele berücksichtigt werden.

Die erfolgreiche Nutzung des ÖPNV für die Beförderung der Berufstätigen und der Schüler*innen setzt einen zuverlässigen Fahrplan voraus. Verspätungen oder gar Ausfälle von Bus und Bahn haben verheerende Auswirkungen auf das Nutzungsverhalten. Sie führen langfristig zu Stagnation der Anzahl der Fahrgäste und sogar zu Abwanderung von langjährigen Kunden.

Wir fordern einen zuverlässigen, eng getakteten und preiswerten ÖPNV. Das kostet Geld, ist aber der Schlüssel zur Verkehrswende.

6 Inklusion als Querschnittsaufgabe

Seit 2009 schon gilt die UN-Konvention über die Rechte für Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Mit der Unterzeichnung hat sich Deutschland verpflichtet, gesellschaftliche Strukturen inklusiv zu entwickeln. Sie sind so zu gestalten, dass eine gleichberechtigte Teilhabe von vorn herein möglich ist. Das gilt für alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit zusätzlichem Bedarf. Es geht um Kinder von Migrant*innen und um Kinder aus wirtschaftlich benachteiligten Familien. Es geht um Bildung, um schulische Inklusion und der Inklusion auf dem Arbeitsmarkt und im gesellschaftlichen Umfeld. Das ist für den Kreis Warendorf eine große Herausforderung, die uns auf Dauer begleiten wird.

Wir fordern: Alle Entscheidungen des Kreises sind auf ihre Übereinstimmung mit den Inklusionsbestimmungen zu prüfen und danach auszurichten.

7 Unser Kreis Warendorf, Heimat für alle

Ein Viertel der Bevölkerung des Kreises Warendorf hat eine Migrationsgeschichte. Viele Menschen leben hier bereits in der vierten Generation und sind größtenteils eingebürgert. Andere haben bei uns Schutz vor Verfolgung und Krieg gesucht und haben zwischen Ems und Werse eine neue Heimat gefunden. Für uns ist Integration ein vielschichtiger Prozess auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft. In dieser Gesellschaft soll jeder Mensch gleichberechtigt sein.

Wir GRÜNE haben uns bereits 2008 für die Erstellung eines Integrationskonzeptes stark gemacht, welches dann in einem großen Beteiligungsprozess kreisweit erstellt wurde. Ein weiterer Erfolg war die Errichtung eines der ersten kommunalen Integrationszentren (KIZ) in

NRW, welches neben der Ausländerbehörde in der größten Stadt des Kreises, in Ahlen, eröffnet wurde. Nicht vergessen werden dürfen die zahlreichen Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die bei der Integration von Geflüchteten eine große Hilfe sind. Diese positiven Entwicklungen wollen wir weiter ausbauen.

Wir fordern ein aktives Flüchtlings- und Integrationskonzept:

- Eine Evaluation des Integrationskonzepts von 2010 mit seinen Maßnahmen und eine zeitgemäße Überarbeitung.
- Einen Kreisintegrationsrat im Kreistag, unter Einbeziehung der Migrant*innen - Selbstorganisationen (MSO) und Geflüchteten-Initiativen.
- Eine*n Beauftragte*n für Integration/Migration im Kreis Warendorf.
- Eine Unterstützung des Kreises bei der Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Menschen aus Nicht-EU-Staaten.
- Mehr Förderung der Arbeit von lokalen Flüchtlingsinitiativen und Projekten gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender (LGBT) –Feindlichkeit.
- Nutzung aller Spielräume für die Anerkennung von Geflüchteten, um Abschiebungen zu verhindern, als Kern einer humanen Flüchtlingspolitik im Kreis.
- Weitere Schritte zur Umwandlung der Ausländerbehörde zu einer Willkommensbehörde.
- Mehr Menschen mit einem Zuwanderungshintergrund in der Kreisverwaltung und ein Diversitykonzept.
- Ein stärkeres Engagement für Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund, um mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen.
-

8 Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet enorme Potenziale für die aktuelle und die folgenden Generationen. Ihr Fortschreiten wird nahezu alle Bereiche in der Wirtschaft und im privaten Umfeld verändern. Prognosen gehen davon aus, dass bis zu sechzig Prozent der Arbeitsplätze durch die Digitalisierung auf dem „Prüfstand“ stehen. Viele davon werden langfristig abgebaut. Arbeitnehmer*innen behalten dann gute Chancen am Arbeitsmarkt, wenn sie ein solides Ausbildungsfundament besitzen. Einen Vorgeschmack auf die Zukunft zeigt uns die Phase der COVID-19-Pandemie mit den Notwendigkeiten zum Home-Office.

Wir fordern, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Arbeitnehmer*innen auf ein hohes Qualifizierungsniveau zu bringen. Das sichert ihnen eine faire Chance auf einem Arbeitsmarkt mit sich wandelndem Nachfrageprofil.

Wir fordern, dass die Voraussetzungen für die Digitalisierung im Kreis geschaffen werden. Wir benötigen flächendeckend Glasfaser, mobiles Internet in allen Bereichen und eine Reduzierung von Funklöchern. Dies hilft uns die Herausforderung der Zukunft gerade im Bereich der Klimakrise zu bewältigen.

9 Soziale Aufgaben ausbauen

Auch im Kreis Warendorf sehen die Grünen ein Auseinanderdriften der Zivilgesellschaft. Damit verbunden sind Spannungen im Konsens einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Grüne Sozialpolitik orientiert sich an einem breiten Inklusionsbegriff. In dieser gesellschaftlichen Bewegung sollen alle Bürgerinnen und Bürger ihre Stärken entfalten können. Allen schwächeren und hilfsbedürftigen Bürgerinnen und Bürger gehört die volle unterstützende Aufmerksamkeit des Kreises.

Wir fordern eine interkulturelle Handlungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung, insbesondere in den Kontaktbereichen, die mit Aufgaben der Zuwanderung und Integration betraut sind.

Der Schutz der Kinder gehört zu den vordringlichen Aufgaben des Jugendamtes. Als alarmierend werten die Grünen Entwicklungen der Einkommensungleichheit. Die damit verbundene Kluft zwischen Arm und Reich wächst weiter. Wenn immer mehr Familien in unserer Gesellschaft immer ärmer werden, dann haben sozialpolitische Maßnahmen versagt. Die Armut führt zu einer gesellschaftlichen Ausgrenzung von Familien mit ihren Kindern und muss mit großen Schritten beendet werden.

Wir fordern als dringend erforderliche Hilfsmaßnahme eine auskömmliche Kindergrundsicherung, die eine positive soziale Entwicklung der Kinder unterstützt.

10 Das Grüne Seniorenprogramm und eine bessere Unterstützung der pflegenden Angehörigen

Für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben im Alter braucht jeder Mensch Anregungen, Herausforderungen und Aufgaben. Soziale Kontakte und das Gefühl, auch im Alter ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein, bestimmen das Selbstwertgefühl. Zur Bereitstellung dieser sozialen Rahmenbedingungen unterstützen wir ein Bündel geeigneter Maßnahmen für Senioren.

Über 76% der Pflegebedürftigen werden von Angehörigen zu Hause gepflegt. Diese große Gruppe der pflegenden Angehörigen leistet einen wertvollen Beitrag für die gesamte Gesellschaft. Der größte Teil der unbezahlten Pflegeaufgaben wird von Frauen übernommen. Häufig übernehmen auch Kinder und Jugendliche Verantwortung für die Pflege in ihren Familien. Die oft jahrelange häusliche Pflege führt zu sozialer Isolation, finanzieller Verarmung und in der Zukunft zu Altersarmut.

Wir fordern ein Seniorenprogramm und eine bessere Unterstützung, sowie ein erweitertes Mitspracherecht der pflegenden Angehörigen.

- Unterstützung zum Bau von Mehrgenerationenhäusern, in denen mehrere Generationen sich gegenseitig unterstützen und austauschen können.
- Eine Quartiersentwicklung, die es ermöglicht, dass Senioren ein eigenständiges Leben lange führen können. Dazu gehören Treffpunkte mit der Möglichkeit zum sozialen

Austausch, ein gut ausgebauter Servicedienst, ein bedarfsgerechter ÖPNV und fußläufig zu erreichende Einkaufsmöglichkeiten.

- Anerkennung und Unterstützung der pflegenden Angehörigen sowie finanzielle Sicherheit, Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit.
- Ausreichende Kurzzeit-Pflegeplätze, um den Anspruch auf pflegefreie Zeit zu sichern.